



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-21064

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 22.03.2022

Niederschrift

über die **8. Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 17.01.2022, 15:10 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal
INFEKTIONSSCHUTZ: Es stehen begrenzt Plätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Medizin. Masken/FFP2-Masken sind vorgeschrieben. Bitte melden Sie sich bei der Schriftführung an! Test oder Immunisierungsnachweis sind erforderlich.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Oliver Seeck	SPD
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Frau Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Frau Karina Syndicus	Die FRAKTION Vertetung von Frau Mihaljevic
Herr Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE
Herr Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Frau Nathalie Binz	Stadtschulpflegschaft

Herr Jakob Godtmann	Bezirksschülervertreter
Herr Achim Schmitz	Stadtschulpflegschaft
Frau Gönül Topuz	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
--------------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Janja Mihaljevic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION	Vertreten von
	Frau Syndikus	
Herr Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen	
Frau Lea Lohove	Auf Vorschlag der Grünen	
Frau Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen	
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU	
Frau Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU	
Herr Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU	
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion	
Herr Udo Heinrichs	Auf Vorschlag der Ratsgruppe GUT	
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche	
Frau Christina Zimmermann	Katholische Kirche	
Herr Wolfgang Hülsmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender	
Frau Stephanie Stangier	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Andreas Albrecht	Stadtschulpflegschaft Köln
Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Bodo Busch	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertreter der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** eröffnet um 15:10 Uhr die Sitzung des Ausschusses und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Besucher*innen aus der Bürgerschaft, die Presse und die Vertreter*innen der Verwaltung.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung weist der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** auf verweist auf die bereits bekannt gegebenen Hinweise und fordert pandemiekonformes Verhalten ein, um die Sitzungsdauer so kurz wie möglich zu halten.

I. Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt vor, folgende Tagesordnungspunkte als Nachträge in den öffentlichen Teil der Tagesordnung aufzunehmen:

Die Anträge nach § 3 und § 5 der Geschäftsordnung des Rates: TOP 2.3, TOP 2.4, die Beantwortung früherer Anfragen: TOP 3.1.2, TOP 3.1.3, TOP 3.1.4, TOP 3.1.5, TOP 3.1.6, TOP 3.1.7 (Tischvorlage), TOP 3.1.8 (Tischvorlage), die Verwaltungsvorlagen TOP 4.4 und den dazugehörigen Änderungsantrag (Tischvorlagen), sowie die Vorlagen TOP 4.5, TOP 4.6, TOP 4.7, TOP 4.8, TOP 4.9, TOP 4.10, TOP 4.11, TOP 4.12., TOP 4.13 (Tischvorlage), TOP 4.14 (Tischvorlage), und die Mitteilungen: TOP 5.7, TOP 5.8, TOP 5.9, TOP 5.10, TOP 5.11, TOP 5.12 (Tischvorlage), 5.13 (Tischvorlage) und TOP 5.14 (Tischvorlage).

Ferner schlägt der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** vor, die Tagesordnungspunkte unter Personalien TOP 9.1 bis TOP 9.8 in den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung aufzunehmen.

RM Hölzing merkt an, dass die Nachträge der Tagesordnung sehr umfangreich seien und kaum die Möglichkeit bestehe sich in vorgelagerten internen Sitzungen damit intensiv zu befassen. Die bittet darum Tischvorlagen künftig auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen.

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** nimmt die Anregung auf. Er weist auf die Möglichkeit hin, Tagesordnungspunkte bei welchen noch Beratungsbedarf bestehe, in die darauffolgende Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung zu verschieben bzw. Beschlussvorlagen, bei welchen weitere Gremien in der Beratungsfolge zu berücksichtigen sind, diese ohne Votum weiterzugeben. In diesem Zusammenhang macht **RM Dr. Schlieben** nochmals auf die Möglichkeit aufmerksam, Fragen direkt schriftlich an die Schriftführung zur Beantwortung weiter zu geben.

RM Kockerbeck teilt mit, dass sich die Antragsteller SPD und Die Linke des Antrags **TOP 2.1** (Vorlage AN/2014/2021 „Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln“) darauf verständigt haben, den Antrag bis zu einer Beschlussfassung der Bezirksvertretung Kalk zurück zu stellen. Zu **TOP 4.12** (Honorarordnung für die Familienberatung und den Schulpsychologischen Dienst der Stadt Köln, Vorlage 3095/2021) bittet die Fraktion Die Linke diesen Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung in die nachfolgenden Gremien weiter zu geben.

RM Seeck teilt mit, dass sich die antragstellenden Fraktionen drauf verständigt haben dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke unter **TOP 2.1**: Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln (AN/2014/2021) bis zu einer Behandlung in der Bezirksvertretung Kalk zurück zu stellen.

RM Hölzing meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **TOP 4.7** (Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans – Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln, Vorlage 2171/2021) Beratungsbedarf an und bittet die Vorlag im Februar erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** empfiehlt dem Ausschuss bei **TOP 4.13** Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums (Vorlage 3926/2021) analog zu **TOP 4.12** zu verfahren und auch diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben.

Weitere Ergänzungen und Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss stimmt einstimmig den Änderungen der Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers
4189/2021

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß §§ 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke: Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln
AN/2014/2021

2.2 Antrag der SPD-Fraktion: Vorbereitung der Corona-Impfungen für Kölner Schülerinnen und Schüler U12 im Winter 2021/2022: Impfkampagne voranbringen mit Impfbus für Schüler*innen
AN/2486/2021

2.3 Antrag der SPD-Fraktion: Bewegungsräume für das Gymnasium Aachener Straße 744-750
AN/2695/2021

2.4 Antrag der SPD-Fraktion: Weiterführende Schule am Max-Becker-Areal
AN/2696/2021

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Naegele, SPD Fraktion, im Zusammenhang mit den Erörterungen der Vorlage 3804/2021 "Beantwortung der Anfrage AN/2070/2021 der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion"
4263/2021
- 3.1.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss Schule und Weiterbildung am 4. Oktober 2021-Nutzung Bauhof Frankfurter Straße als Schulstandort
3948/2021
- 3.1.3 Ergebnisse von Schüler*innen der Rheinischen Musikschule bei Jugend musiziert, Jugend komponiert und Zugangsprüfungen für Musikhochschulen (3526/2021) - Beantwortung einer mündlichen Anfragen vom 23.11.2021
0008/2022
- 3.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Schulsanierung, bzw. -erweiterung der GGS Unter Birken, Schulstraße in Porz-Eil
4417/2021
- 3.1.5 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 14.02.2021 betreffend die Ausweitung des Angebots der Rheinischen Musikschulen (3776/2021) - Beantwortung mündlicher Anfragen vom 23.11.2021
0005/2022
- 3.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Dr. Butterwegge, Fraktion Die Linke, im Zusammenhang mit den Erörterungen der Vorlage 3761/2021 "Veränderung der Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2019/20)/. 7. Klasse (2021/22)
0030/2022
- 3.1.7 Beantwortung einer Anfrage der Grünen, CDU und Volt vom 04.10.2021 AN/2072/2021 zu Top 2.3. Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln
0119/2022
- 3.1.8 Beantwortung einer Anfrage zu "10 Beratungsstellen KIM Case Management für Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte stadtweit"
0076/2022

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes,
Arbeitstitel: Dorotheenstraße in Köln-Porz
3939/2021

4.2 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Förderschule Auf dem Sandberg 120, Köln-Poll im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltjahr 2022.

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
3473/2021

4.3 Neubau des naturwissenschaftlichen Gebäudes der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln - Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
2599/2021

4.4 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gesamtschulgebäudes für den Stadtbezirk Kalk
3871/2021

Änderungsantrag zu TOP 4.4. „Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gesamtschulgebäudes für den Stadtbezirk Kalk“
AN/0122/2022

4.5 Beschluss über die kommunale Klassenrichtzahl und die Zahl der Eingangsklassen der Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft und die Festlegung der Schulplätze in diesen Klassen für das Schuljahr 2022/23
4341/2021

4.6 Schulrechtliche Erweiterung der Inklusiven Offenen Ganztagschule Kretzerstraße, GGS Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes von zwei auf drei Züge zum Schuljahr 2023/24 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW
4156/2021

4.7 Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans - Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
2171/2021

4.8 Errichtung eines Neubaus mit Zweifeldsporthalle für die Bertha-von-Suttner-Realschule, Kolkrabenweg 65, 50829 Köln-Vogelsang - Kostenfortschrei-

bungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
2602/2021

4.9 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel – bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“
4270/2021

4.10 Einrichtung des Erweiterungsbaus Siegburger Str. 445 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Kath. Grundschule Am Altenberger Kreuz 14, Köln-Poll im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
3837/2021

4.11 Anmeldeverfahren weiterführende Schulen
0092/2022

4.12 Honorarordnung für die Familienberatung und den Schulpsychologischen Dienst der Stadt Köln
3095/2021

4.13 Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums
3926/2021

4.14 Erweiterungsbau Mensa an der Henry-Ford-Realschule, Karl-Marx-Allee 43 in 50769 Köln- Chorweiler - Baubeschluss
2545/2021

5 Mitteilungen

5.1 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 14.02.2019, betreffend die Ausweitung des Angebots der Rheinischen Musikschule
3776/2021

5.2 Ergebnisse von Schüler*innen der Rheinischen Musikschule bei Jugend musiziert, Jugend komponiert und Zugangsprüfungen für Musikhochschulen
3526/2021

5.3 Sicherheit für die Übermittagsbetreuung (ÜMB) im Sek I–Bereich im Haushaltsjahr 2021
0191/2021

5.4 Sachstand zu den eingebauten Luftfilteranlagen
3235/2021

- 5.5 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas
4074/2021
- 5.6 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum
3853/2021
- 5.7 Initiative der Schulkonferenz - Verselbständigung des Teilstandortes der Förderschule Lernen Thymianweg am Standort Berliner Straße in Westhoven
4274/2021
- 5.8 Bündelungsgymnasien in Köln in den Schuljahren 2023/24 bis 2025/26
4422/2021
- 5.9 Stadtweite Elternbefragung „von4nach5“ zum Wechsel auf weiterführende Schulen in Köln – Infos zum Start der Befragung und zum Online-Fragebogen
0025/2022
- 5.10 Stellungnahme zum Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 02.12.2021 zur Einrichtung eines Familiengrundschulzentrums im Stadtbezirk Nippes
0028/2022
- 5.11 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm/ Herbstferien-Schwimmkurse
0015/2022
- 5.12 Grundschulsituation in Merkenich und Rheinkassel
0037/2022
- 5.13 Sachstandsbericht zum Förderprogramm "DigitalPakt" NRW zur Digitalisierung der Kölner Schulen
4390/2021
- 5.14 Stellungnahme der Verwaltung zu AN/2383/2021 Schulen und Kinder unterstützen, Programme entwickeln - Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche
0105/2022

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers 4189/2021

Durch Stellenwechsel der bisherigen Schriftführung ist die Stelle der Schriftführung des Ausschuss Schule und Weiterbildung neu zu besetzen. Die Verwaltung schlägt dem Ausschuss vor, Thomas Krämer die Aufgabe der Schriftführung für den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu übertragen.

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für die Dauer der restlichen Wahlperiode 2020 bis 2025 Thomas Krämer zum Schriftführer.

Die Bestellung von Renate Käsbach wird aufgehoben.

Die Vertretung wird weiterhin von Iris Pregel wahrgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** begrüßt Thomas Krämer als neuen Schriftführer des Ausschuss Schule und Weiterbildung und bedankt sich bei Iris Pregel und Renate Käsbach für deren bisherige Tätigkeit für den Ausschuss.

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** verpflichtet **Natalie Binz**, Vorsitzende der Stadtschulpflegschaft Köln als neues, beratendes Mitglied, im Ausschuss Schule und Weiterbildung und begrüßt **SE Natalie Binz** und den bereits an anderer Stelle verpflichteten **SE Achim Schmitz**, als deren Vertreter, als neue Mitglieder des Ausschusses und freut sich, auch im Namen des gesamten Ausschusses auf eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

RM Seeck bittet die Verwaltung in der nächsten Sitzung um einen Sachstand zum Hölderlin-Gymnasium. **RM Aengenvoot** bittet ebenso um eine Information von Seiten der Verwaltung zum Interim der Europaschule in Zollstock. **SE Binz** fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Gymnasium Kreuzgasse und bittet um Auskunft über eine aktualisierte Containerliste.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu und wird hierzu einen Vertreter der Gebäudewirtschaft einladen.

2 Anträge gemäß §§ 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke: Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln AN/2014/2021

Im Rahmen der Debatte über die Festlegung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung geschoben.

Zurückgestellt.

2.2 Antrag der SPD-Fraktion: Vorbereitung der Corona-Impfungen für Kölner Schülerinnen und Schüler U12 im Winter 2021/2022: Impfkampagne voranbringen mit Impfbus für Schüler*innen AN/2486/2021

Der Ausschussvorsitzende **RM Dr. Schlieben** weist darauf hin, dass dieser Antrag bereits im November 2021 als Dringlichkeitsantrag auf der Tagesordnung des Ausschuss Schule und Weiterbildung stand.

RM Seeck erläutert, dass im November 2021 zwar der Dringlichkeit des Antrags nicht zugestimmt, aber in der Sache nicht entschieden wurde. Hierdurch sei kostbare Zeit verloren gegangen. Er appelliert an den Ausschuss, auch vor dem Hintergrund das die STIKO (Ständige Impfkommission des Bundes) und das RKI (Robert Koch-Institut) zwischenzeitlich eine Impfempfehlung für 12 bis 17 jährige Kinder und Jugendliche herausgegeben hat, die Impfkampagne für Kinder und Jugendliche zeitnah zu starten und dem Antrag zuzustimmen.

RM Hölzing merkt an das es zwischenzeitlich vielfältige Angebote für Eltern gebe um Impfangebote für ihre Kinder wahrzunehmen. Ferner sei die fachliche Zuständigkeit des Ausschuss Schule und Weiterbildung bei diesem Antrag nicht gegeben.

RM Aengenvoort schließt sich **RM Hölzing** an und bittet den Antrag an den fachlich zuständigen Gesundheitsausschuss zu verweisen.

RM Ruffen teilt mit, dass die FDP die Impfung von Kindern unter 12 Jahren grundsätzlich befürworte und sie die Grundintension des Antrags verstehe. Problematisch sei hier allerdings eine logistische Überforderung der Schulen. Diese seien nicht der richtige Raum um offene Impfangebote an Kinder und Jugendliche anzubieten.

RM Kockerbeck macht darauf aufmerksam, dass zwischenzeitlich die Empfehlung der STIKO vorliege und somit ein Argument welches in der letzten Sitzung gegen den Antrag sprach, nunmehr entkräftet sei. Zum anderen herrsche in den Schulen ein Klima der Unsicherheit, da Kinder und Jugendliche nicht geimpft seien. Daher erachte er es für sinnvoll Kinder und Jugendliche in den Schulen zu impfen und entsprechende Impfangebote bereit zu stellen.

SE Browsers weist darauf hin, dass das Aufklärungsgespräch mit den Eltern der Impflinge unverzichtbar sei. Daher müsse eine vernünftige Aufklärung bei einem Impfangebot in den Schulen gewährleistet sein.

RM Syndicus begrüßt den Antrag ein Impfangebot an Schulen anzubieten sehr und macht darauf aufmerksam das es sich Angebot handele, welches die Eltern entlasten könne, da diese ansonsten selbst eine Impfung Ihrer Kinder an anderer Stelle organisieren müssten.

SE Binz schließt sich **RM Ruffen** vollumfänglich an macht aber darauf aufmerksam das von Seiten der STIKO noch keine uneingeschränkte Empfehlung für die Impfung von 5 bis 11 jährigen Kinder vorliege.

RM Dr. Schlieben macht darauf aufmerksam, dass sich der Antrag auf eine Empfehlung der EMA beziehe.

Die Leiterin des Amtes für Schulentwicklung **Ritter** teilt mit, dass es an den weiterführenden Schulen bereits, gemeinsam mit Feuerwehr und Gesundheitsamt organisierte, mobile Impfangebote gebe. Vor dem Hintergrund das noch keine Empfehlung der STIKO zur Impfung von Kindern unter 12 Jahren vorliege hat man sich in der gemeinsamen Impfkonzferenz, auch im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen, darauf geeinigt ein zentrales Angebot in der Lanxess-Arena und darüber hinaus in einzelnen Veedeln dezentrale, mobile Impfangebote anzubieten.

Der Vorsitzende **RM Dr. Schlieben** lässt über den Antrag der Verweisung in den Gesundheitsausschuss abstimmen.

Ohne Votum in den Gesundheitsausschuss verwiesen.

Abstimmung:

Einer Verweisung an den Gesundheitsausschuss wir einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion die Linke, zugestimmt.

2.3 Antrag der SPD-Fraktion: Bewegungsräume für das Gymnasium Aachener Straße 744-750 AN/2695/2021

Für die antragstellende Fraktion erläutert **RM Seeck** die Notwendigkeit zur Bereitstellung von Bewegungsflächen für Schüler*innen. Es gehe dabei insbesondere darum sich die vorhandene Tiefgarage kreativ anzusehen, um dort nach Möglichkeit zusätzliche Bewegungsflächen für die Schüler*innen zu generieren. Ebenfalls wichtige sei es, Flächen für Fahrräder im Außenbereich frei zu machen und diese in die Tiefgarage zu verlagern.

SE Böll sieht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keinen Bedarf, da für Schüler*innen der fünften Klasse bereits das Angebot der Nutzung der Sporthalle Zusestraße bestehe und auch bereits in der Nähe der Schule nach Sportstätten gesucht werde, welche von Schüler*innen genutzt werden könnten und empfiehlt den Antrag abzulehnen.

RM Ruffen bemängelt die Vermischung verschiedener Sachanliegen im vorliegenden Antrag, bei welchen man einzelnen Punkte, wie der Verlagerung von Fahrradstellplätzen in die Tiefgarage, zwar zustimmen könne aber andere Teile, wie der Nutzung der Tiefgarage als Bewegungsfläche für Schüler*innen, durchaus kritisch und ablehnend betrachte.

RM Aengenvoort sieht die Notwendigkeit in der Tiefgarage zusätzliche Aufsichten bereit zu stellen und sieht die Akzeptanz gerade bei jüngeren Schüler*innen, ihr Fahrrad in der Tiefgarage abzustellen, kritisch.

RM Hölzing empfindet den Antrag als zu kleinteilig formuliert und sieht Probleme bei der Bauaufsicht und Sicherheit im Hinblick auf die Nutzung von Teilen der Tiefgarage als Bewegungsraum für Schüler*innen.

RM Kockerbeck findet die Idee der Nutzung der Tiefgarage durch Schüler*innen anstelle von PKWs durchaus sinnvoll. Er sehe den Antrag hier aber eher als Ideengeber für die Schule an.

Gräbener, Verwaltung, macht darauf aufmerksam, dass eine baurechtliche Prüfung in Form einer Baugenehmigung vorgenommen werden müsse. Er weist darauf hin, dass es sich bei dem Gebäude um ein angemietetes Objekt handle, bei welchem die Genehmigung des Eigentümers bei einer anderweitigen Nutzung der Tiefgarage eingeholt werden müsse.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der SPD, bei Enthaltung der FDP, mit der Mehrheit von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, VOLT und Die Linke abgelehnt.

2.4 Antrag der SPD-Fraktion: Weiterführende Schule am Max-Becker-Areal AN/2696/2021

RM Seeck erläutert für den Antragsteller die Notwendigkeit bei einer weitsichtigen Stadtplanung auch eine Versorgung mit weiterführenden Schulen im Max-Becker-Areal zu berücksichtigen.

RM Hölzing versteht den Antrag vor dem Hintergrund, dass Schulbau über die Grundschulen hinaus bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere Berücksichtigung finden müsse. Allerdings sei das im Beschlusstext genannte Max-Becker-Areal für den Bedarf einer weiterführenden Schule zu kleinräumig. Sie schlägt vor, den Beschlusstext um das Planungsgebiet Kölner-Weststadt zu erweitern um diese in die Prüfung einzubeziehen.

RM Aengenvoort teilt mit, dass die CDU-Fraktion einem um die West-Stadt ergänzten Prüfauftrag zustimmen könne.

RM Kockerbeck und **RM Ruffen** begrüßen den Änderungsantrag.

Ausschussvorsitzende*r RM Schlieben lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Der Antrag wird um einen Prüfauftrag für die Kölner Weststadt ergänzt und wie folgt formuliert: Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie im Rahmen der Entwicklung des Max-Becker-Areals **und der Kölner Weststadt** die Errichtung einer weiterführenden Schule sinnvoll möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Naegele, SPD Fraktion, im Zusammenhang mit den Erörterungen der Vorlage 3804/2021 "Beantwortung der Anfrage AN/2070/2021 der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion" 4263/2021

Die **SE Naegele** bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.

RM Hölzing findet die Beantwortung sehr gut und interessant und bitte die Gymnasien auf geeignete Weise, zum Beispiel im Rahmen einer Informationsveranstaltung, hierüber zu informieren.

Zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss Schule und Weiterbildung am 4. Oktober 2021 - Nutzung Bauhof Frankfurter Straße als Schulstandort 3948/2021

RM Bauer-Dahm begrüßt die Mitteilung und bittet diese auch der Bezirksvertretung Kalk zur Kenntnis zu geben. Er regt an, dass die Verwaltung bereits jetzt mit der Suche nach einer Interimslösung beginnen solle.

RM Kockerbeck merkt an, den Standort Humboldt-Gremberg zu berücksichtigen.

Zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Ergebnisse von Schüler*innen der Rheinischen Musikschule bei Jugend musiziert, Jugend komponiert und Zugangsprüfungen für Musikhochschulen (3526/2021) - Beantwortung einer mündlichen Anfragen vom 23.11.2021 0008/2022

RM Helmes bedankt sich für die Beantwortung.

Zur Kenntnis genommen.

3.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Schulsanierung, bzw. -erweiterung der GGS Unter Birken, Schulstraße in Porz-Eil 4417/2021

RM Hölzing fragt nach, ob die Modulbaueinheiten vorgezogen werden können.

Gräbener, Verwaltung teilt mit, dass die Schulbaumaßnahmen-Liste auch aus diesem Grund in dieser Form mit einer Reihenfolge entwickelt wurde. Auch bei Modulbauten bestehe das Problem, dass die Personalkapazitäten bei der Gebäudewirtschaft begrenzt sind und in der Reihenfolge der Schulbaumaßnahmen vorgegangen

werden müsse. Hier wird aber fortlaufend geprüft ob Änderungen in der Priorisierung vorgenommen werden können.

Zur Kenntnis genommen.

**3.1.5 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 14.02.2021 betreffend die Ausweitung des Angebots der Rheinischen Musikschulen (3776/2021) - Beantwortung mündlicher Anfragen vom 23.11.2021
0005/2022**

RM Helmes und **RM Hölzing** bedanken sich für die Beantwortung der Anfrage.

Zur Kenntnis genommen.

**3.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Dr. Butterwegge, Fraktion Die Linke, im Zusammenhang mit den Erörterungen der Vorlage 3761/2021 "Veränderung der Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2019/20)/. 7. Klasse (2021/22)
0030/2022**

SE Butterwegge bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und fragt nach, ob einzelne Schulformen, welche überproportional über Vorbereitungsklassen verfügen, auch stärker beansprucht werden und ob an Schulen welche sowohl Vorbereitungsklassen und auch Gemeinsames Lernen anbieten von Anfang an versuchen kleinere Eingangsklassen zu bilden um ggf. später seiteneinsteigende Schüler*innen aufnehmen zu können.

Pfeuffer, Schulentwicklungsplanung, teilt mit die Nachfrage schriftlich zu beantworten.

Zur Kenntnis genommen.

**3.1.7 Beantwortung einer Anfrage der Grünen, CDU und Volt vom 04.10.2021 AN/2072/2021 zu Top 2.3. Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln
0119/2022**

RM Aengenvoort fragt nach ob beabsichtigt sei kurzfristig eine Entscheidung zum zweigliedrigen Schulsystem aus Gesamtschulen und Gymnasien anstehe.

Pfeuffer, Schulentwicklungsplanung, teilt mit das hier zurzeit keine Entscheidung anstehe.

Beigeordnete*r Voigtsberger merkt an, dass weiterhin an der Hauptschule in der Adolf-Kolping-Straße festgehalten werde, da hier der Bedarf gesehen wird. Der Zustand, dass man tendenziell auf ein zweigliedriges Schulsystem zusteuert ist Teil der Schulentwicklungsplanung. Hier wird aber sehr behutsam vorgegangen, da natürlich ein Interesse an einer bedarfsorientierten Schulentwicklung besteht.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben macht darauf aufmerksam, dass eine Orientierung an den Schulbedarfen vor Ort ausschlaggebend sein müsse.

RM Kockerbeck begrüßt das die Verwaltung von Plänen zwei Teilstandorte zwischen Falkensteinstraße Helene-Weber-Platz und in Kalk zu errichten Abstand nimmt. Er bittet um Auskunft zu dem Zeitplan und bittet die Stellungnahme der Schule bereits im

Vorfeld der Ausschusssitzung an die Mitglieder des Ausschuss und der Bezirksvertretung Kalk zu versenden.

Pfeuffer, Schulentwicklungsplanung erinnert an das geplante Fachgespräch mit der Bezirksvertretung Kalk, in deren Anschluss der Ausschuss informiert werden wird.

RM Ruffen bittet auch weiterhin die Schulen und deren Entscheidung zu berücksichtigen.

Zur Kenntnis genommen.

3.1.8 Beantwortung einer Anfrage zu "10 Beratungsstellen KIM Case Management für Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte stadtweit" 0076/2022

RM Hölzing bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.

Zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes, Arbeitstitel: Dorotheenstraße in Köln-Porz 3939/2021

RM Hölzing bittet entsiegelte Schulhofflächen und Baumbewuchs zu berücksichtigen und bittet um Auskunft darüber ob die Schulküche so eingerichtet wird, dass diese zum selbstkochen geeignet sein wird.

Gräbener, Verwaltung teilt mit, dass selbstverständlich auch die Bepflanzung mit Bäumen berücksichtigt wird. Die Schulküche wird nach dem Standard „Cook and Chill“ (*Die Prozessschritte Garen, Kühlen und Portionieren erfolgen in der Zentralküche. Das zubereitete Essen wird dann vor der Ausgabe durch die Schulen auf eine Kerntemperatur von mindestens 70 °C regeneriert. Durch das schnelle Herunterkühlen erhält das Essen eine gute Qualität*) ausgestattet.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB einen Bebauungsplan für den Bereich A westlich der Dorotheenstraße, südlich der Kindertageseinrichtung, sowie östlich und nördlich der bestehenden Sportanlagen (Teilbereich aus dem Flurstück 1376 der Gemarkung Urbach, Flur 2) – Arbeitstitel: Dorotheenstraßen in Köln-Porz – aufzustellen mit dem Ziel für den Bereich A Gemeinbedarfsfläche – Schule festzusetzen.

2. im gleichen Verfahren nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB einen Bebauungsplan für den Bereich B nördlich der Königsberger Straße, westlich des Eiler Parkwegs, südlich der Kopernikus Hauptschule und östlich der Humboldtstraße (Teilbereich aus dem Flurstück 1454 der Gemarkung Urbach, Flur 2) – Arbeitstitel: Dorotheenstraßen in Köln-Porz – aufzustellen mit dem Ziel für den Bereich B Planungsrecht für die Verlagerung des Bolzplatzes zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Förderschule Auf dem Sandberg 120, Köln-Poll im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltjahr 2022.

**Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
3473/2021**

RM Hölzing bittet um Auskunft darüber ob die Aula auch dem Stadtbezirk für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden wird.

Gräbener, Verwaltung, teilt mit, dass hierfür ein Zugang von außen berücksichtigt werden muss, um einen direkten Zugang zur Aula zu gewährleisten. Es wird bei Neubauten versucht die Aula so zu gestalten, dass eine Nutzung losgelöst von der Schule möglich ist.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus der Förderschule Auf dem Sandberg 120, Köln-Poll mit Gesamtkosten in Höhe von rund 920.000 € (investiver Anteil: 440.000 €, konsumtiver Anteil: 480.000 €) und stellt hierfür den Bedarf fest.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 480.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 350.000 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplan 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4015-0301-7-1203 – Förderschule Auf dem Sandberg – Ersatzbau. Die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 90.000 € werden im Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplan 2022 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4031-0301-0-7000 – Offene Ganztagschule vorgesehenen Mitteln finanziert. Die Mittel in Höhe von 90.000 € werden im Haushaltsjahr 2022 per Sollumbuchung auf der Finanzstelle 4015-0301-7-1203 – Förderschule Auf dem Sandberg – Ersatzbau bereitgestellt.

2. Der Finanzausschuss beschließt für das Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 440.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrich-

tung des Erweiterungsbaus der Förderschule Auf dem Sandberg 120, Köln-Poll bei Finanzstelle 4015-0301-7-1203 – Förderschule Auf dem Sandberg – Ersatzbau.

Die Beschlüsse erfolgen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**4.3 Neubau des naturwissenschaftlichen Gebäudes der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln - Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
2599/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ausschlussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft nimmt die erwarteten Mehrausgaben gegenüber der Kostenberechnung von 2016 in Höhe von rund 5,2 Mio. Euro für das neue naturwissenschaftliche Gebäude der Gesamtschule Köln Holweide zur Kenntnis und stimmt einer Fortführung der Baumaßnahme zu. Die Gesamtbaukosten für den **Neubau** des naturwissenschaftlichen Gebäudes betragen rund **12,81 Mio. Euro brutto** statt rund 7,61 Mio. Euro.

Die voraussichtlichen Mehrkosten von rund 5,2 Mio. Euro werden zunächst aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln finanziert und über erhöhte Mietzahlungen aus dem städtischen Haushalt refinanziert.

2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt – vorbehaltlich der Zustimmung durch den Finanzausschuss- zusätzliche **Einrichtungskosten** für das neue naturwissenschaftliche Gebäude der Gesamtschule Köln Holweide in Höhe von 474.213,92 Euro (investiv: 232.213,92 Euro (2021) und 125.000 Euro (2022), konsumtiv: 117.000 Euro (2022)). Die Gesamtkosten betragen nunmehr rund 1,62 Mio. Euro statt 1,15 Mio. Euro.

Die Finanzierung der investiven Mehrkosten im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 232.213,92 Euro erfolgte per echter Deckung aus im Haushaltsjahr 2021 veranschlagten Mitteln im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei Finanzstelle 4014-0301-9-1123, Gesamtschule im Weidenbruch - Neubau – in Höhe von 166.861 Euro, bei Finanzstelle 4013-0301-3-3080 – Gymnasium Nikolausstraße 51-55 – Erweiterung in Höhe von 45.352,92 Euro und bei Finanzstelle 4012-0301-9-5040 – Realschule Lassallestraße 59 -Instandsetzung ÖPP in Höhe von 20.000 Euro. Sollumbuchungen innerhalb des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, zur Deckung bei der Finanzstelle 4014-0301-9-4603 Gesamtschule Burgwiesenstraße – Fachraum NW, wurden durchgeführt.

Die Finanzierung der investiven Mehrkosten im Haushaltsjahr 2022 von voraussichtlich rund 125.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplan vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9,

Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4031-0301-0-7000 – Offene Ganztagschule. Die Mittel in Höhe von 125.000 Euro werden im Haushaltsjahr 2022 per Sollumbuchung auf der Finanzstelle 4014-0301-9-4603 Gesamtschule Burgwiesenstraße – Fachraum NW bereitgestellt.

Die Finanzierung der konsumtiven Mehrkosten in Höhe von voraussichtlich rund 117.000 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplan vorgesehenen Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Beschlüsse erfolgen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.4 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gesamtschulgebäudes für den Stadtbezirk Kalk 3871/2021

SB Butterwegge teilt mit, dass sich Die Linke grundsätzlich gegen die Anwendung des Investorenmodel im Bereich Schulbau ausspricht und nimmt mit Verwunderung zu Kenntnis dass es den Ratsbeschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans für den Bereich Walter-Pauli-Ring für ein Schulgrundstück (Vorlage 3395/2021) gibt und nunmehr ein Beschluss für eine europaweite Ausschreibung für ein Grundstück und die Errichtung eines Schulgebäudes vorliegt. Hier besteht die Gefahr ein Stück Gestaltungshoheit für den öffentlichen Raum aus der Hand zu geben. Daher hat die Linke hier den Änderungsantrag eingebracht um den Verbleib des Grundstücks in öffentlicher Hand zu sichern.

RM Bauer-Dahm sieht vor dem Hintergrund der schnellen Schaffung von Schulplätzen den Weg den Investorenmodel für richtig an. Daher wird sich Bündnis 90/Die Grünen dem Änderungsantrag der Linken nicht anschließen. Allerdings schlägt Bündnis 90/Die Grünen eine Ergänzung des Beschlusstextes des Originalantrags vor. Hierbei soll der Satz „Das Grundstück muss für die Unterbringung einer vierzügigen Gesamtschule und einer Dreifachsporthalle geeignet sein.“ Wie folgt zu ändern: „„Das Grundstück muss für die Unterbringung einer **mindestens** vierzügigen Gesamtschule und einer Dreifachsporthalle geeignet sein.“

RM Ruffen teilt mit, sich dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke nicht anzuschließen, da es hier vorrangig darum gehe möglichst schnell ein Schulgebäude zu bauen.

RM Syndicus steht dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke positiv gegenüber und macht darauf aufmerksam künftig frühzeitig zu planen und geeignete Grundstücke durch die Stadt vorzuhalten um so einen Ausverkauf an Investoren zu verhindern.

RM Seeck fragt die Verwaltung welche Verzögerungen in der Abwicklung eintreten könnten wenn dem Antrag der Fraktion die Linke zugestimmt würde.

Gräberer, Verwaltung, teilt mit, dass Verzögerungen eintreten würden, da keine eigenen Möglichkeiten bestehen um eigene Grundstücke im Bereich Walter-Pauli-Ring zu bebauen.

RM Kockerbeck fragt nach ob es bei der Schulverwaltung eine Definition für die Geeignetheit im Hinblick auf die Größe eines Grundstücks gibt.

Gräbener, Verwaltung, teilt mit, dass im Idealfall von 25 qm Grundstücksfläche pro Schüler*in ausgegangen wird.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion die Linke abstimmen. Danach findet die Abstimmung über die Worteinfügung „mindestens“ im Beschlusstext statt.

Als Schlussabstimmung wird über die Gesamtvorlage abgestimmt.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat den geänderten Beschlusstext zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau eines Gesamtschulgebäudes für den Stadtbezirk Kalk ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Der Standort soll sich im Radius von einem Kilometer um das ursprünglich angedachte Grundstück am Walter-Pauli-Ring/Gummersbacher Straße befinden. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Kalk zu finden, auf den sich der Suchradius beschränkt. Das Grundstück muss für die Unterbringung einer **mindestens** vierzügigen Gesamtschule und einer Dreifachsporthalle geeignet sein.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grüne und VOLT, mit Gegenstimme der Fraktion Die Linke zugestimmt.

Änderungsantrag zu TOP 4.4. „Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gesamtschulgebäudes für den Stadtbezirk Kalk“

AN/0122/2022

Abstimmungsergebnis:

Bei Zustimmung der antragstellenden Fraktion Die Linke mit der Mehrheit der übrigen Fraktionen abgelehnt.

4.5 Beschluss über die kommunale Klassenrichtzahl und die Zahl der Eingangsklassen der Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft und die Festlegung der Schulplätze in diesen Klassen für das Schuljahr 2022/23
4341/2021

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, führt aus, dass die Differenz von derzeit 24 Klassen bei den Eingangsklassen welche theoretisch gebildet werden könnten (592) und denen welche tatsächlich, nach jetzigem Stand, gebildet werden (568) unter anderem daran liege, dass die Schulverwaltung nicht bei allen Klassen die Zügigkeit ausschöpft welche bestehe. Es gebe Situationen bei welchen man, nach derzeitigem Stand, noch nicht ausreichend Anmeldungen habe um alle Klassen an dem Standort bilden zu können. Es gebe aber auch die Situation, dass Anmeldeüberhänge an Standorten bestehen an welchen es räumlich und/oder organisatorisch er-

scheint eine Mehrklasse zu bilden. Dies ist derzeit an 7 Standorten der Fall. Letztendlich handle es sich um eine rechnerische Größe welche nicht bedeute, dass derzeit 24 Klassenräume und Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Momentan sei die Situation so, dass die Schüler*innen weitestgehend wohnortnah versorgt werden könnten.

Die Verwaltung rechne damit das noch einige Schüler*innen zur Anmeldung erscheinen so das davon ausgegangen werde, dass noch einige Eingangsklassen benötigt werden und von den 24 rechnerisch möglichen noch einige über Mehrklassenbildung oder über ausgeschöpft der bestehenden Mehrzügigkeiten gebraucht werden.

Von einer Benennung der Schulen bei welchen ein Anmeldeüberhang besteht rät **Ritter** ab, da hierdurch ein Ranking entstehen könne welches Auswirkungen auf den Ruf oder das Profil der Schule haben könne. Daher wurde hier ein Zwischenweg besprochen bei welchen mitgeteilt wurde ob es einen Anmeldeüberhang gab oder eben nicht.

SE Bintz fragt nach ob die Möglichkeit bestehe die Eingangsklassen nach Teilstandorten aufzuteilen wenn es sich um Schulen mit Teilstandorten handelt.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, erläutert, dass Eingangsklassen dort gebildet werden wo Schüler*innen angemeldet wurden. Es wird gemeinsam von Schulleitung, Schulträger und Schulaufsicht nachgesehen wo es Sinn macht eine Klasse zu bilden und wo der Anmeldeüberhang sehr hoch ist, es aber nicht notwendig ist diesem Standort eine Mehrklasse einzurichten, weil in der Nähe, regional ein anderes Angebot besteht. Dies führt insgesamt zu einer ausgeglichenen Situation da die Kapazitäten welche vorhanden sind genutzt werden.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben stellt dar, das es bei der Fragestellung von Frau SE Binz um die Möglichkeit geht bei einer Schule mit Teilstandorten festzulegen, dass z.B. bei der Gemeinschaftsgrundschule Spoerkelhof mit drei Zügen ein Zug enthalten ist welcher an der Außenstelle Amandusstraße befindet.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, erklärt, dass auch die Schulen mit Teilstandorten in der Aufstellung als eine Schule aufgeführt werden. Eine künftige Trennung bei der Erfassung wäre möglich, allerdings liegt die Aufteilung in den Händen der Schulleitung und oft auch jahrgangsübergreifend unterrichtet wird.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die kommunale Klassenrichtzahl gem. Ausführungsverordnung zu § 93 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG NRW), damit einhergehend die Zahl der Eingangsklassen und die Festlegung der Schülerplätze in diesen Klassen an den Kölner Grundschulen.

Für das Schuljahr 2022/23 werden an den Kölner Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Köln 568 Eingangsklassen gebildet.

In den städtischen Grundschulen im Gemeinsamen Lernen wird die Schülerzahl nach individueller Prüfung unter Berücksichtigung von räumlichen, pädagogischen sowie schulorganisatorischen Aspekten für jede Schule gesondert festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmung beschlossen.

4.6 Schulrechtliche Erweiterung der Inklusiven Offenen Ganztagschule Kretzerstraße, GGS Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes von zwei auf drei Züge zum Schuljahr 2023/24 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW 4156/2021

RM Hölzing begrüßt die Erweiterung und bittet um Auskunft wann mit dem Rückbau des in den Nordpark ausgelagerten Schulhofs begonnen wird.

Gräbener, Verwaltung, teilt für die Verwaltung mit, dass nach derzeitiger Zeitplanung der Gebäudewirtschaft in den Sommerferien mit einem Abschluss der Baumaßnahme zu rechnen sei und somit im dritten Quartal mit dem Rückbau im Nordpark begonnen werden könne.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Inklusiven Offenen Ganztagschule (IOGS) Kretzerstraße, GGS Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2023/24 von 2 auf 3 Züge auszubauen.
- 2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung die Anträge gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans - Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln 2171/2021

RM Hölzing bittet um Auskunft darüber ob die beim Amt für Schulentwicklung bestehende Stelle welche sich mit dem Thematik KuBiK beschäftigt noch existiert und ob diese auch den Musikbereich abdeckt. Sie bittet um Beantwortung im Nachgang der Sitzung.

RM Aengenvoort erkundigt sich nach den im Leistungsverzeichnis genannten Beirat und der operativen Gruppe und bittet um Auskunft über die Zusammensetzung der Gremien.

Dr. Fischer, Direktor*in der Rheinischen Musikschule, teilt mit, dass die operative Gruppe Informationen aus den Institutionen heraus sammelt und der Beirat den Gesamtprozess beobachtet und begleitet.

RM Kockerbeck begrüßt die Vorlage, da die Nachfrage nach Bildung im musikalischen Bereich stetig zunehme.

RM Helmes schließt sich an und bittet ebenfalls um Auskunft zu Synapsen mit KuBiK und dem Austausch mit dem Kulturamt. Sie bittet die Vorlage dem Kulturausschuss

zur Kenntnisnahme zuzuleiten. Des Weiteren bittet sie um Benennung der Ansprechpartner beim Kulturamt. Sie regt eine bessere Kooperation zwischen Rheinischer Musikschule und Kulturamt an.

Dr. Fischer, Direktor*in der Rheinischen Musikschule, erläutert, dass mit dem Kulturamt nur adhoc zusammengearbeitet werde. Hier gibt es derzeit keine festgelegten Strukturen. Er erläutert den Bedarf der Beauftragung an ein externe freiberufliche außenstehend Institution aus.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, erklärt, dass die Rheinische Musikschule Teil der regionalen Bildungslandschaften ist. In diesem Bereich gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den kulturell Tätigen in Köln.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben regt an, die Vorlage erst nach der Beratung am 14.02.2022 an den Kulturausschuss zur Kenntnisnahme zu geben.

Wegen Beratungsbedarfs in die nächste Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung geschoben.

**4.8 Errichtung eines Neubaus mit Zweifeldsporthalle für die Bertha-von-Suttner-Realschule, Kolkrabenweg 65, 50829 Köln-Vogelsang - Kostentfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
2602/2021**

RM Hölzing erkundigt sich nach dem Umfang der Diebstähle welche zu Kostensteigerungen geführt hatten. Des Weiteren bittet Sie um Erläuterungen zu den in Anlage 6 genannten Kündigungen. Sie bittet um Beantwortung im Bauausschuss.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**4.9 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel – bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“
4270/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. **Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben** lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat nimmt das Handbuch „Bürger*innen- und Sozialraumorientierung in Köln“ zur Kenntnis und beschließt dieses als neue Handlungsgrundlage für eine einwohner*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Trägern der Sozialraumkoordination im Rahmen des gleichlautenden Programms.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grüne und VOLT, bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

4.10 Einrichtung des Erweiterungsbaus Siegburger Str. 445 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die

Kath. Grundschule Am Altenberger Kreuz 14, Köln-Poll im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss 3837/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor. **Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus mit einer Einfachturnhalle an der Siegburger Str. 445, 51105 Köln-Poll für die Katholische Grundschule Am Altenberger Kreuz 14, 51105 Köln-Poll mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1.200.000 € (investiver Anteil: 440.000 €, konsumtiver Anteil: 760.000 €) und stellt hierfür den Bedarf fest.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 760.000 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von 111.111 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4010-0301-7-2765 - KGS Am Altenberger Kreuz 14 - Einrichtung Erweiterungsbau. Die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von 328.889 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4031-0301-0-7000 – Offene Ganztagschule vorgesehen. Die Mittel in Höhe von 328.889 € werden im Haushaltsjahr 2022 per Sollumbuchung auf der Finanzstelle 4010-0301-7-2765 - KGS Am Altenberger Kreuz 14 - Einrichtung Erweiterungsbau bereitgestellt.

2. Der Finanzausschuss beschließt für das Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 440.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Finanzstelle 4010-0301-7-2765 - KGS Am Altenberger Kreuz 14 - Einrichtung Erweiterungsbau für die Einrichtung des Erweiterungsbaus mit einer Einfachturnhalle der KGS Am Altenberger Kreuz 14, Köln-Poll.

Die Beschlüsse erfolgen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.11 Anmeldeverfahren weiterführende Schulen 0092/2022

RM Ruffen zeigt sich über das bestehende Verfahren enttäuscht, sei sich aber auf Grund der fehlenden Schulplätze bewusst, dass es ein gerechtes Verfahren nicht geben könne. Sie kritisiere insbesondere das Zustandekommen des neuen Verfahrens.

RM Seeck sieht das Grundproblem im Mangel der Schulplätze. Es wird auch mit dem neuen Verfahren Enttäuschungen bei Schüler*innen und Eltern geben. Die SPD Frak-

tion fordere, ähnlich **Ausschussvorsitzende*r Dr. Schlieben**, eine baldmögliche Evaluation, um sich ein Bild über das Verfahren machen zu können. Die SPD übergibt Fragen hierzu an die Schriftführung und bittet um frühzeitige Beantwortung.

RM Hölzing weist ebenfalls auf das Hauptproblem der fehlenden Schulplätze hin und bittet alle Beteiligten positiv nach vorne zu sehen und zu versuchen eine Lösung zu finden. Sie merkt an, dass es in den Schulen ein Wissensdefizit bei der Anwendung des neuen Verfahrens gebe.

RM Kockerbeck denkt an die Eltern und Schüler*innen welche die Hauptlast dieser Situation zu tragen haben. Daher sei es umso wichtiger im nächsten Jahr zu einem verbesserten Verfahren kommt und die Zeit bis dahin genutzt wird an dem Verfahren zu arbeiten um z.B. ggf. über eine Computerunterstützung oder eine App, welche der Schulträger zur Verfügung stellen kann, eine Verbesserung zu erreichen.

SE Binz weist darauf hin, dass das Formular vom Land vorgegeben sei. Hier regt sie an über das Anschreiben bessere Aufklärung zu betreiben. Sie bittet um Erläuterung zu der Schulverteilungskonferenz.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, kann die Unzufriedenheit über das Anmeldeverfahren und den Weg dorthin nachvollziehen. Hier müssen allerdings die vorgegebenen Regularien der Bezirksregierung umgesetzt werden auch wenn man sich an der einen oder anderen Situation wünschen würde. Die Verwaltung wird, zusammen mit den Mitgliedern des Ausschuss Schule und Weiterbildung, alle Möglichkeiten nutzen das künftige Verfahren zu erleichtern und zu verbessern. Die Verteilerkonferenzen zielten darauf ab auf der einen Seite unter den Schulleitenden, Schulaufsicht und Schulträger die Zahlen abzugleichen, aber auch um über mögliche Mehrklassen zu sprechen. In der Vergangenheit wurde dort auch vereinzelt Schüler*innen verteilt. Allerdings ist dies rechtlich nicht mehr angemessen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. **Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Mitteilung über das Anmeldeverfahren an weiterführenden Schulen zur Kenntnis und stimmt dem aktualisierten Verfahren und dem Zeitplan zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.12 Honorarordnung für die Familienberatung und den Schulpsychologischen Dienst der Stadt Köln 3095/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

4.13 Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums 3926/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

4.14 Erweiterungsbau Mensa an der Henry-Ford-Realschule, Karl-Marx-Allee 43 in 50769 Köln- Chorweiler - Baubeschluss 2545/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor. **Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben** lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf sowie die Kostenberechnung und stellt den Bedarf für den Erweiterungsbau mit neuer Mensa und Unterrichtsräumen für die Henry-Ford-Realschule, Karl-Marx-Allee 43, 50769 in Köln-Chorweiler mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich rund 9,85 Mio. Euro (einschließlich rund 1,03 Mio. Euro für die Ausstattung und Einrichtung inkl. Großküchenausstattung) fest.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung mit Hilfe eines Generalunternehmens und Einrichtung des Gebäudes.

Zudem genehmigt der Rat der Stadt Köln einen Risikozuschlag in Höhe von 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von rund 2,2 Mio. Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen. Die Maßnahme befindet sich in der Leistungsphase (LPh 3). Eine Bewertung der Risiken für die Maßnahme liegt als Anlage 5 bei. Da nicht jedes Risiko auch eintreten muss wurde an Stelle einer nominellen Bepreisung der Risiken ein pauschaler Ansatz von 25 % der Baukosten als Risikorücklage gewählt. Die pandemiebedingte Erhöhung unter anderem der Materialkosten auf dem Baumarkt erfordert es, einen entsprechenden Aufschlag vorzusehen, damit es nicht zu einem Baustopp kommt.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten inklusive des Risikozuschlags betragen rund 12,05 Mio. Euro brutto (inklusive der Kosten für Einrichtung und Ausstattung in Höhe von rund 1,03 Mio. Euro).

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Nebenkosten und Kosten für Reinigung in Höhe von rund 332.400 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2025 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 440.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 590.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2024 aus Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4012-0301-6-3020 – RS Karl-Marx-Allee – Erweiterung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

**5.1 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 14.02.2019, betreffend die Ausweitung des Angebots der Rheinischen Musikschule
3776/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

**5.2 Ergebnisse von Schüler*innen der Rheinischen Musikschule bei Jugend musiziert, Jugend komponiert und Zugangsprüfungen für Musikhochschulen
3526/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

**5.3 Sicherheit für die Übermittagsbetreuung (ÜMB) im Sek I–Bereich im Haushaltsjahr 2021
0191/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

**5.4 Sachstand zu den eingebauten Luftfilteranlagen
3235/2021**

Beigeordnete*r Voigtsberger informiert darüber, dass das Vergabeverfahren kurz vor seinem Abschluss steht.

RM Ruffen bittet um Mitteilung, ob Geräte welche bereits verteilt wurden aufgrund der Statik nicht in Betrieb genommen werden dürfen.

Beigeordnete*r Voigtberger teilt mit, dass im Vorfeld die Statik geprüft wurde und die Geräte, welche bereits verteilt wurden, in Betrieb genommen werden dürfen.

Zur Kenntnis genommen.

**5.5 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas
4074/2021**

RM Seeck verweist auf die Chronologie der Ereignisse und stellt fest, dass auch im Winter 2021/2022 die Luftfilteranlagen größten Teils nicht zur Verfügung stehen.

RM Kockerbeck stimmt **RM Seeck** zu und bittet darum, die Zahlen aus der Mitteilung vom 18.11.2021 in aktualisierter Form zur Niederschrift zu nehmen.

SA Binz bittet **Beigeordnete*n Voigtsberger** um Präzisierung der Begrifflich „kurz vor dem Abschluss“ im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren zur Beschaffung mobiler Luftfilteranlagen. Er werde den Ausschuss weiterhin rechtzeitig über den Fortgang des Verfahrens informieren.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass das Verfahren kurz vor dem Abschluss stehe und von 1000 – Zentrale Dienst eine aktualisierte Mitteilung für die Sitzung im März 2022 zur Verfügung gestellt werde.

Beigeordnete*r Voigtsberger erläutert, dass die Zuschläge zur Auftragsvergabe vor ihrem Abschluss stehen, so dass dann umgehend in die Umsetzung gegangen werden könne. Gerade vor dem Hintergrund des komplexen Verfahrens käme es darauf an, dieses ohne Rügen und Einwendungen zum Abschluss zu bringen. Vor diesem Hintergrund sei die Verwaltung auf einem guten Weg. Der Dialogkreis Corona – Schule tage alle vier Wochen. Hierzu seien alle Beteiligten, auch aus der Stadtschulpflegschaft, die Schulformsprecher und andere Akteure rund um Schule vertreten. Diese Initiative habe er gestartet, um alle Beteiligten regelmäßig und transparent über Corona in den Schulen zu informieren. Hierzu werden auch regelmäßigen Experten wie bspw. **Prof. Dr. Dr. Lechleuthner** herangezogen.

Zur Kenntnis genommen.

5.6 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum 3853/2021

RM Helmes begrüßt dieses Projekt ausdrücklich, zumal hier gezielt Mädchen und junge Frauen angesprochen würden, um über sexualisierte Gewalt aufzuklären. Sie bitte die Verwaltung um Beantwortung, inwiefern im Rahmen mit „Edelgard informiert“ Schulen verstärkt pro aktiv informiert werden könnten bzw. Aufklärungsprogramme mit z.B. „Lobby für Mädchen“ und anderen stärker institutionalisiert werden können um diese besser bei Schüler*innen zu vermitteln. Hier könne auch Instagram hilfreich sein. Im Kontext von „Edelgard schützt“ stelle sich die Frage, inwiefern durch „Edelgard schützt“ Schutzräume in den Schulen geschaffen werden könnten.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung sagt eine Weitergabe und schriftliche Beantwortung zu.

Zur Kenntnis genommen.

5.7 Initiative der Schulkonferenz - Verselbständigung des Teilstandortes der Förderschule Lernen Thymianweg am Standort Berliner Straße in Westhoven 4274/2021

RM Seeck bittet um Auskunft zum Lehrschwimmbecken in der GGS Hohe Straße und den Neubau der Turnhalle Berliner Straße. Des Weiteren bittet er um Auskunft zur Verdoppelung der Förderschüler*innen in den letzten Jahren.

Pfeuffer, Schulentwicklungsplanung, macht darauf aufmerksam, dass die Bezirksvertretung Porz ähnliche Fragen aufgebracht habe, welche zur Kenntnisnahme auch dem Ausschuss Schule und Weiterbildung zur Kenntnis gebracht werden. Die Steigerung der Anzahl von Förderschüler*innen war nicht absehbar.

RM Kockerbeck merkt an, dass hier das Thema „Gemeinsames Lernen an öffentlichen Schulen“ angesprochen sei. Er empfinde es als sehr bedauerlich, dass durch Mängel beim Gemeinsamen Lernen wieder spezielle Förderschulen eingerichtet werden.

RM Ruffen macht darauf aufmerksam dass es hier hauptsächlich um Eltern und Schülerwünsche gehe, welche unterstützt werden sollten.

Ausschussvorsitzende*r Dr. Schlieben teilt mit, dass es einen regelrechten „run“ auf Förderschulen gebe.

Zur Kenntnis genommen.

5.8 Bündelungsgymnasien in Köln in den Schuljahren 2023/24 bis 2025/26 4422/2021

RM Hölzing macht auf die Problematik von Wiederholern, welche gleichzeitig die Schule wechseln müssen, aufmerksam. Hier sei fraglich, ob es genügend Unterstützungsleistungen an den neuen Gymnasien geben wird.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass die Bezirksregierung diese Schulen vorgeschlagen habe und zeitnah ein Treffen stattfinden werde. Was die Unterstützung der Schüler*innen angeht, so gehe dies eher in die innere Schullagelegenheit. Hier wird die Verwaltung schauen, was beigetragen werden kann.

RM Seeck findet gut, dass hier frühzeitig angesetzt wird.

SE Binz macht auf Schüler*innen aufmerksam welche ins Ausland gehen und dann ggf. die Klasse wiederholen.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, erläutert, dass dies drei Gruppen von Schüler*innen betrifft, welche allerdings von der Bezirksregierung klar benannt wurden. Dort sind diese Schüler*innen ebenfalls erfasst.

Zur Kenntnis genommen.

5.9 Stadtweite Elternbefragung „von4nach5“ zum Wechsel auf weiterführende Schulen in Köln – Infos zum Start der Befragung und zum Online-Fragebogen 0025/2022

SE Böll fragt, welche Hilfen für bildungsferne Eltern vorgesehen sind, um den Fragebogen auszufüllen.

RM Ruffen lobt das Verfahren.

RM Seeck schließt sich der Frage von **SE Böll** an und hat starke Bedenken ob der Repräsentativität der Befragung, da hier Probleme bei einigen Kreisen der teilnehmenden Eltern auftreten könnten.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben macht darauf aufmerksam, dass eine breite Diskussion unter allen schulpolitischen Sprecher*innen, auch unter Hinzuziehung des Fragebogens, durchgeführt wurde und keine Kritik aufgekommen sei.

RM Hölzing bittet den Bekanntheitsgrad der Umfrage zu steigern, um eine größere Teilnahme zu erreichen.

Pfeuffer, Schulentwicklungsplanung, teilt mit, dass die Teilnahme offen sei für Eltern aller Grundschul Kinder. Alle Grundschulen haben hierüber die entsprechenden Informationen erhalten. Er sagt eine Nachsteuerung zu, um alle Schulen zur Unterstützung bewegen zu können.

Es werde stark darauf gesetzt, in den Grundschulen auch die Schulsozialarbeit einzubeziehen.

Zur Kenntnis genommen.

5.10 Stellungnahme zum Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 02.12.2021 zur Einrichtung eines Familiengrundschulzentrums im Stadtbezirk Nippes 0028/2022

RM Hölzing bedauert, dass im Stadtbezirk Nippes kein solches Familiengrundschulzentrum eingerichtet werde und bittet um Mitteilung, wie hoch der Betrag war welcher zur Weiterentwicklung der kommunaler Präventionsketten verwendet wurde. Sie bittet diese Mitteilung auch an die Bezirksvertretung weiter zu geben.

Pfeuffer, Schulentwicklungsplanung, sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Beigeordnete*r Voigtsberger ergänzt, dass in den Vorlagen immer dargelegt wurde, dass die Erfahrungen mit den Familiengrundschulzentren, welche nach dem Schulsozialindex ausgewählt wurden, evaluiert werden und im nächsten Schritt weitere Familiengrundschulzentren gegründet und weiterentwickelt werden sollen.

Zur Kenntnis genommen.

5.11 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm/ Herbstferien-Schwimmkurse 0015/2022

RM Derichsweiler bittet zu Punkt Finanzierung der Fortführung um fortlaufende Information von Seiten der Verwaltung.

Zur Kenntnis genommen.

5.12 Grundschulsituation in Merkenich und Rheinkassel 0037/2022

Ausschussvorsitzende*r Dr. Schlieben fragt zu Seite 3, ob die Aussage zum Schulbus konkretisiert werden kann und über welche Zeitschiene hier gesprochen wird.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass die Regularien eine Beförderung der betroffenen Schüler*innen nicht zulassen. Der Schulfrieden sei maßgeblich gestört und in dieser Situation habe sich der Schulträger und hier insbesondere **Beigeordnete*r Voigtsberger** maßgeblich dafür eingesetzt, eine Beförderung der Schüler*innen außerhalb der Regularien möglich zu machen.

Dieses Angebot haben wir vergangene Woche den Eltern, mit der Bitte untereinander abzustimmen, welche Zeiten am besten passen, übermittelt.

Mit diesen Zeiten werde das Amt für Schulentwicklung auf die Busunternehmen zugehen.

RE Seeck erkennt die sehr schwierige Gemengelage an und bittet um Mitteilung, wie sich die Situation bei einer Wiederholung der Klasse darstellt.

Ritter, Amtsleitung Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass sich das Angebot der Beförderung und des Beförderungsmittels an der Anzahl der zu befördernden Schüler*innen richte. Das gelte natürlich für die gesamte Grundschulzeit, eingerechnet einer möglichen Wiederholung.

RM Hölzing bittet die Verwaltung zu bestätigen, dass der Standort Amandusstraße nicht in Gefahr sei.

Beigeordnete*r Voigtsberger bejaht dies ausdrücklich.

SE Binz bittet um Auskunft, wie Rechtssicherheit hinsichtlich einer möglichen Zusammenlegung anderer Klassen geschaffen werden könne. Frau SE Binz wird die Fragstellung verschriftlicht einreichen.

Beigeordnete*r Voigtsberger teilt mit, dass die Fragen aufgenommen und nach Rücksprache mit dem Rechtsamt beantwortet werden.

Zur Kenntnis genommen.

5.13 Sachstandsbericht zum Förderprogramm "DigitalPakt" NRW zur Digitalisierung der Kölner Schulen 4390/2021

RM Hölzing lobt die Verwaltung für diesen Kraftakt und die hochwertige digitale Ausstattung der Berufskollegs.

Zur Kenntnis genommen.

5.14 Stellungnahme der Verwaltung zu AN/2383/2021 Schulen und Kinder unterstützen, Programme entwickeln - Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche 0105/2022

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

SE Schmitz bittet die Verwaltung um Auskunft darüber ob das mit der Gesamtschule in Porz klappt.

Herr Gräbener bejaht dies ausdrücklich

7 Verschiedenes

gez.

Dr. Helge Schlieben (Vorsitzender)

gez.

Thomas Krämer (Schriftführer)